

Wulf Hopf

Juni 2017

Antiautoritäre Studentenbewegung und die Kritik am linken Autoritarismus
(überarbeitete und erweiterte Fassung des gleichnamigen Vortrags vom 30.5.17)

Einleitung:

Danke an Knut Nevermann für die einführenden Worte und Dank für die Gelegenheit, hier zu sprechen. Und danke vor allem an Sie, dass sie bei diesen hochsommerlichen Temperaturen in den Hörsaal gekommen sind.

Mein Thema heute hat sich im Zuge meiner Vorbereitung gegenüber dem ausgedruckten Programm geändert. Ich spreche über den Antiautoritarismus der Studentenbewegung und die früh einsetzende Kritik, sie sei selbst „autoritär“ gewesen oder geworden. Es geht also um das früher hochbesetzte, vielgestaltige Thema des Autoritarismus. Es hat, wie wir heute bei rechtsextremen, „populistisch“ genannten politischen Bewegungen oder bei demokratisch gewählten, autoritären Herrschern wie dem amerikanischen Präsidenten Trump sehen, nicht an Bedeutung verloren.

Ich werde im ersten Teil meines Vortrages der Frage nachgehen: Was hieß „Antiautoritarismus“ der Studentenbewegung? Verstanden sich die Akteure so oder war es eine Zuschreibung von außen? Wer propagierte diese Richtung des Protests? Was war das Besondere dieses Akzentes auf Autoritarismus, auch im Vergleich zu sozialen Bewegungen, die der Studentenbewegung folgten? Ich benutze den Ausdruck „Studentenbewegung“ umgangssprachlich, nach ihrer hauptsächlichen Trägerschicht. Es gab auch eine Schüler- und Lehrlingsbewegung, auf die ich nicht näher eingehe.

1. Der Antiautoritarismus der Studentenbewegung

„Antiautoritäre“ Protestbewegung war zum einen eine unbestimmte, alltagssprachliche Sammelbeschreibung für die Proteste seit Mitte der 60er Jahre. Wolfgang Kraushaar sagt in seinem Buch von 2008 (Achtundsechzig. Eine Bilanz, S.

51), die 1968er-Bewegung sei „im Kern eine antiautoritäre Revolte“ gewesen. 2010 schreibt der Soziologe Michael Vester in längerfristiger, rückschauender Perspektive, dass sich die Alternativbewegungen der 60er Jahre seit den 70er Jahren als eigene Milieus „verfestigt“ hätten (Alternativbewegungen und neue soziale Milieus, 2010, S. 27). Das zeige sich auf der Ebene gemeinsamer Lebensstile und auf der Ebene gemeinsamer politischer Ziele“, „die gegen ein ‚autoritäres‘ politisches Establishment gerichtet und antiautoritären Zielen der Basisdemokratie, der Ökologie, des Pazifismus und der sozialen, geschlechtlichen und ethnischen Gleichstellung verpflichtet waren.“ Vester setzt das Wörtchen „autoritär“ aus welchem Grund auch immer in Anführungszeichen. Er macht aber deutlich, dass er den Antiautoritarismus für ein gemeinsames, weit geteiltes Merkmal sehr verschiedener Bewegungen seit der Studentenbewegung hält. So sieht es auch der Historiker Konrad Jarausch in seinem Rückblick auf die 60er Jahre als einer „weichen Zäsur“ (soft caesura) in der längeren Nachkriegsgeschichte Deutschlands (2006, S. 14 f.). Er betont die zivilgesellschaftliche Veränderung, die durch die Basisproteste der Studentenbewegung (grass roots protests), durch die Stärkung freiwilliger Organisationen und durch einen toleranteren, weniger autoritären Umgang miteinander ermöglicht wurde.

Zugleich war „Antiautoritarismus“ aber auch das Kennzeichen einer besonderen Richtung der politisch aktiven Studenten der 60er Jahre. Dutschke in Berlin und Krahl in Frankfurt galten innerhalb des SDS als Anführer des Flügels der „Antiautoritären“, der sich ab Herbst 1967 gegen die „Traditionalisten“, durchsetzte. Diese strebten eine herkömmliche Parteiorganisation an, während die Antiautoritären flexible, aktionistische Stadt-Guerillas vorschlugen. Damit verbanden sich Vorstellungen einer besonderen, nicht-autoritären psychischen Verfassung der politischen Akteure, auf die ich später ausführlicher eingehen werde.

Zunächst aber zu der Frage: in welchem Zusammenhang sprachen die Vertreter der Studentenbewegung von „Autoritarismus“ und was verstanden sie darunter?

1. These: Der Antiautoritarismus der Studentenbewegung entstand aus der Kritik an der „autoritären“ Restauration der *Gesellschaft* der Bundesrepublik und an den „autoritären Verhältnissen“ an der *Universität*. Diese doppelte Stoßrichtung hatten die politischen Proteste von Anfang an. Ich werde mich aber auf die autoritären

Verhältnisse an der Universität konzentrieren, weil hier der Zusammenhang mit den allerersten Massenprotesten sehr deutlich wird.

In welchem Sinn die deutsche Universität historisch und aktuell autoritär verfasst war, belegte eine umfassende Studie über „Hochschule und Demokratie“ von 1965.

Gemeinsam verfasst hatten sie vier SDS-Mitglieder, die wenig später Sprecher der Studentenschaft und anschließend Wissenschaftler wurden: Wolfgang Nitsch, Uta Gerhardt, Claus Offe und Ulrich K. Preuß.

Nach ihrer historischen und soziologischen Analyse der Universität waren die „autoritären Verhältnisse“ das Ergebnis gesellschaftlicher Zwänge zu Spezialisierung und Abspaltung der Hochschule von der Gesellschaft.

„Die Weise wissenschaftlichen Arbeitens in fachspezifischen Instituten mit streng hierarchischer Gliederung... zwingen den Professor zu strenger Beschränkung auf seine zur *Berufsarbeit* werdenden wissenschaftlichen Tätigkeit. Außerwissenschaftliche Bereiche bleiben daher außerhalb des für Denken und Handeln relevanten Erfahrungshorizontes; sie werden in ihrer jeweilig gegebenen Gestalt festgestellt und hingenommen... Von daher lässt sich ein möglicher Grund für das politische Versagen zahlreicher Professoren der Weimarer Republik finden: Erfährt der einzelne sich nur noch innerhalb seiner isolierten Berufs- und Lebenssphäre, nicht aber zugleich als Staatsbürger in einer Verantwortlichkeit für den Bestand der Gesellschaft und die Realisierung humanitärer Ideale, so läuft er nur allzu leicht Gefahr, daß seine politische Orientierung eher aus der psychischen Struktur der Person als aus der Reflexion ihrer bewußten Tätigkeit fließt.... [Die Trennung von Berufs- und Staatsbürgerrolle wirkt sich hier besonders verhängnisvoll aus:] „Die streng hierarchische Struktur der Universität, überhöht durch einen weit verbreiteten akademischen Standesdünkel, mußte bei vielen Professoren der damaligen Zeit die Entwicklung einer vorwiegend autoritären psychischen Struktur begünstigen.“ (Nitsch u.a. 1965, S. 287) Diese bedingt antidemokratische Einstellungen und letztlich Bereitschaft zur Übernahme der Nazi-Ideologie und Politik.

Die Herrschaftsstruktur der Universität und die erzwungene berufliche Spezialisierung – allgemeine Bedingungen, die nicht nur für die Weimarer Republik, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland galten – bedingen also einen **Autoritarismus der Professoren**, die als Alleinherrscher „ihre“ Institute regieren und verwalten. Worin dieser Autoritarismus *genauer* besteht, sagten die Verfasser nicht, sie verweisen eher allgemein auf die frühe empirische Studie von Adorno u.a.: The authoritarian personality, die in den 40er Jahren in USA unternommen wurde.

Deutlich wird aber – das zeigt das eben wieder gegebene Zitat –, dass der Autoritarismus der Professoren das Ergebnis einer bestimmten „psychischen Struktur“ darstellt und nicht aus der „Reflexion ihrer bewußten Tätigkeit“ folgt.

Zum Eindruck einer autoritären Hochschulverfassung mit autoritären Professoren an der Spitze trug – an der Entwicklung der FU Berlin sehr deutlich abzulesen – ein

hochschulpolitischer „roll back“ in den 50er Jahren bei. Der einsetzende Massenprotest der Studierenden an der FU Berlin seit 1964 knüpfte an eine Kette von Schikanen, Einschränkungen, Überstimmungen an, die die Hochschul- und Fakultätsleitungen verfügten (Beispiel bei Nitsch u.a. 1965, S. 409 – vorlesen). Jeder Versuch der verfassten Studentenschaft, Beteiligungsrechte zu formalisieren, wurde abgeschmettert; und bestehende Selbstverwaltungsaufgaben der Studierenden wurden willkürlich – mit Berufung auf das „besondere Gewaltverhältnis“ an der „Anstalt“ Universität – eingeschränkt. Absprechen eines „politischen Mandats“: „Der VDS ist nicht dazu da, die weltpolitische Lage zu verbessern, sondern er soll in erster Linie Studentenschaftsarbeit treiben.“ (zitiert bei Nitsch, Gerhardt, Offe und Preuß, S. 425 f.)

Noch heute merkt man diesen Abschnitten von „Hochschule und Demokratie“ an, dass sie mit kalter Wut gegenüber der Entmündigung geschrieben sind. Es gibt sicherlich viele Motive der Studierenden jener Zeit zum Protest: *moralische Empörung* über einen als zutiefst unmenschlich empfundenen Krieg in Vietnam, *Empörung* über die Heuchelei und das „Beschweigen“ der älteren Generation hinsichtlich der Naziverbrechen, *Empörung* über die Gewalttätigkeit der Polizei bei Demonstrationen und *große Sorge* über die Einschränkung demokratischer Grundrechte, *Leiden unter Isolation* und Leistungsdruck an den Hochschulen und Schulen. *Empörung* über die Benachteiligung von Arbeitern und Angestellten-Schichten, denen man selbst meist von der Herkunft her gar nicht angehörte und angehören würde.

Aber die geschilderten Entmündigungs-Erfahrungen *im direkten Kontakt* mit Autoritäten an den Hochschulen – Professoren, Dekane, Rektoren – trafen die beteiligten Studierenden anders, wurden als Abwertung der eigenen Person und Gruppe, als Nicht-für-voll-Nehmen empfunden und weckten Zorn und Wut, die dann in Protesthandeln mündeten. Dazu trug das besondere Herrschaftsverhältnis zwischen Hochschullehrern und Studierenden bei: Auch wenn die Professoren professionelle und bürokratische Herrschaft ausübten, spielte das anti-hierarchische Humboldt'sche Ideal der „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ eine Rolle. Es stärkte das Selbstbewusstsein der Studierenden und ließ nicht zu, sich „wie Schüler“ behandeln zu lassen.

2. These: In der anfänglichen Kritik am Autoritarismus von „Strukturen“ der Hochschule und von Professoren, Amtsträgern spielte der besondere Begriff von Autoritarismus, der auf den „autoritären Charakter“ im NS verwies, noch *keine* herausgehobene Rolle.

Er war umgangssprachlich und enthielt – wie die Beispiele oben zeigen – folgende Bedeutungen:

- „Alleinherrschaft“ im Sinne der Zuständigkeit/Entscheidungsmacht einer einzigen Person
- „Selbstherrlichkeit“ (letztlich: fehlende Perspektivübernahme und Missachtung der andern Menschen)
- „Diskussionsvermeidung und –Abbruch“ im Verhältnis zu den Nicht-Herrschenden, d.h. sie werden in keiner Weise, in welcher Form auch immer an Entscheidungen beteiligt. (Autoritarismus = Nicht-Beteiligung)
- Aggression gegen die Untergebenen/Schwächeren, z.B. als Abwertung und Zurechtweisung.

Wie nehmen sich die studentischen Forderungen in der Anfangsphase der Studentenbewegung, d.h. ca. 1965 bis 1967 vor diesem Hintergrund als „antiautoritär“ oder „herrschaftskritisch“ aus?

- Forderung nach „rationaler Begründung“ von Entscheidungen, die Hochschullehrer bis dahin als ihr eigenes, nicht besonders zu begründendes „Terrain“ ansahen;
- Forderung nach Öffentlichkeit der Entscheidungsfindung, die in den Auseinandersetzungen der Studentenschaft mit den zentralen Gremien (Akademischer Senat) eine große Rolle spielte. Mit diesen beiden häufig geäußerten Forderungen – rationale Begründung und Öffentlichkeit – unterstrichen die Studierenden ihren „Bürger“-Status an einer Universität, die sich von der Tradition her als ständisch gegliedert definierte;
- Forderung nach Beteiligung an Entscheidungen über eine nur symbolische Anhörung hinaus, d.h. Selbstbewusstsein als anzuerkennende Interessengruppe;

- Forderung nach einer kompetenten „Dienstleistung“ durch die Professoren, insbesondere in der Lehre. Dies spitzte sich im Konflikt über die Vorlesungsrezensionen zu, die kritische Studenten verfassten und die erhebliche Teile der Hochschullehrer in Aufruhr versetzten. Sie zeigten, wie empfindlich (irrational) ihr Gefühl der eigenen Kompetenz war.

Wenn man diese herrschaftskritischen, auf die Universität beschränkten Forderungen auf einen Begriff bringen wollte, dann könnte man sagen: die protestierenden Studenten und Studentinnen holten mit ihnen zunächst nur einen erheblichen *Modernitätsrückstand* der Universitäten auf. Von allgemeinen, in der Gesellschaft der Bundesrepublik geltenden politischen Normen aus klagten sie Defizite der Herrschaftsverfassung der Universitäten ein. Darin lag jedoch zugleich ein Potential für die Ausbreitung von Kritik und Protest.

Mit dem alltagssprachlichen Begriff von Autoritarismus konnte jede Herrschaftsausübung hinterfragt werden und als „autoritär“ beschrieben, herausgefordert und bekämpft werden. Die Aktivisten des Studentenprotests (und ihre Theoretiker) sprachen zwar vom Kampf gegen „*irrational*e Herrschaft“ – damals eine sehr beliebte Chiffre –, bemühten sich aber in den einzelnen institutionellen Kontexten nicht besonders um die Unterscheidung zu „*rationaler* Herrschaft“. So konnte letztlich alle Herrschaft als irrational und willkürlich erscheinen.

Darin lag eine der Voraussetzungen für die massive Ausweitung der antiautoritären Proteste von der Universität aus in die Gesellschaft hinein: Wo überall es „Herrschaft“ gab – im politischen System, in der Justiz, in der Uni, in der Schule, im Betrieb, in den Massenmedien, im Verhältnis der Geschlechter, in der Familie, in den Beziehungen untereinander – konnte die antiautoritäre Kritik ansetzen und konnten sich antiautoritäre Bewegungen kleineren oder größeren Umfangs entwickeln (vgl. Gilcher-Holtey 1998, S. 182).

Wenn dazu die Einschätzung trat, das politische System und die Gesellschaft insgesamt seien autoritär verfasst, dann bekamen die antiautoritären Bewegungen der einzelnen Bereiche eine systemverändernde Richtung und einen zusätzlichen Schub. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die große Koalition von CDU und SPD, die reaktionären Ideen zu einer „formierten Gesellschaft“ der Bundesrepublik waren Anzeichen für eine solche „Transformation der Demokratie“ zu einem autoritären Staat. So hieß es in einem Wahlaufruf des SDS Ende 1968:

„Im autoritären System des Spätkapitalismus, in dem das Parlament in zunehmenden Maße zur reinen Veröffentlichungsinstanz vorgefasster Beschlüsse geworden ist, hat der parlamentarische Wahlzirkus die objektive Funktion, die Selbsttätigkeit und die Mitwirkungen der Massen an den politischen Entscheidungsprozessen zu verhindern, indem er die Massen weismacht, sie hätten als Wähler tatsächlich eingelöst, was Volksherrschaft genannt werden könnte.“ (zitiert bei Aly: Unser Kampf, S. 126 f.)

Die antiautoritären Bewegungen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen hatten dann nicht mehr nur das Ziel, Modernitätsrückstände aufzuholen oder Teilreformen voran zu bringen, sondern sie waren Teil einer revolutionären „Systemveränderung“. Monika Seifert, die in Frankfurt a.M. den ersten Kinderladen gründete, schrieb dementsprechend 1969:

„Jede Gegenorganisation gegen bestehende gesellschaftliche Institutionen verbreitert die Basis der antiautoritären Bewegung“ und schafft bereits in der alten Gesellschaft Keimzellen der neuen, die bestehen müssten, „wenn die Revolution überhaupt möglich sein soll.“ (eine Äußerung von 1969, zitiert bei Kristina Schulz: Macht und Mythos von ‚1968‘, in Gilcher-Holtey (Hrsg.) 1997, S. 257).

Für das Handeln innerhalb der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche bedeutete der Anspruch auf Systemveränderung eine *Politisierung*: alles funktional spezialisierte, auf immanente Ziele der Teilbereiche traditionell bezogene Handeln wurde daraufhin befragt, welchen Beitrag es zur Lösung *gesellschaftlicher* Probleme oder zur Systemveränderung leisten könne. Inbegriff dieser Politisierung aller Bereiche war die Parole: „Das Private ist politisch.“ Mit der Politisierung aller Teilbereiche wurden die etablierten Autoritäten zusätzlich herausgefordert. Der „Standardmodus“ der Bearbeitung von Problemen in Schulen, Betrieben, Hochschulen, Parteien, Kirchen, sozialen Beziehungen usw. reichte nicht mehr aus. Über die „lokalen“, bereichsbezogenen Kritikpunkte hinaus mussten sich die Herrschaftsinhaber mit dem antiautoritären Anspruch auseinandersetzen, dass gerade in ihrem Teilbereich *Systemveränderungen* vorbereitet oder konkretisiert werden müssten. Das wehrten sie als „sachfremde“ Anspruchsüberfrachtung ab, beförderten damit jedoch die Konflikte zusätzlich und trugen zur Ausbreitung der antiautoritären Bewegung bei. Darin liegt eine ihrer Besonderheiten im Vergleich zu anderen Bewegungen: frühere oder spätere „problembezogene“ politische Bewegungen (wie die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die Bewegung gegen die Notstandsgesetze, die Bildungsreformbewegung, die Frauen-, die Friedens- oder die Umweltbewegung) stoßen beim Versuch, ihre Ziele durchzusetzen, auf *vorhandene* besondere Herrschaftsverhältnisse, die ihre Ziele behindern oder ablenken. Die Durchsetzung der inhaltlichen Ziele ist nur im Konflikt mit „herrschenden Interessen“, Eliten etc. möglich. Die antiautoritäre Bewegung macht demgegenüber die

Veränderung der Herrschaftsverhältnisse selbst zum sofortigen und allgemeinen Ansatzpunkt der eigenen politischen Anstrengungen.

„Quer“ zu dieser „Allgegenwart“ der Herrschaftskritik lagen zwei herrschaftlich verfasste Bereiche, die nicht einfach (wie die übrigen) unter „antiautoritäre“ Bewegungen gefasst werden konnten: die „Wirtschaft“ bzw. die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und das Geschlechterverhältnis, das im Zentrum der Kritik der Frauenbewegung stand.

Die Arbeiterbewegung bzw. Gewerkschaftsbewegung richtete sich gegen Unternehmer bzw. das Kapital, aber sie war nicht vergleichbar antiautoritär wie die Studentenbewegung. Kein Mensch käme auf die Idee, die Arbeiterbewegung „antiautoritär“ zu nennen. Die Arbeiterbewegung hatte eine andere historische Kontinuität des Protestes. Im langfristigen historischen Vergleich wechselten die eher konservativ-nationalistischen Studenten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik nach 1965 das Lager von rechts nach links. Mit der historischen Kontinuität hing zusammen, dass die Organisation und politische Zielsetzung der Arbeiterbewegung in größerem Maße vorherige Lernprozesse einschloss als bei der historisch sehr kurzfristigen Studentenbewegung der Fall war.

Die Frauenbewegung setzte an einer ganz anderen Form von Herrschaft an als die antiautoritären *institutionsbezogenen* Protestbewegungen und ebenso an eine andere Art der Herrschaft als die des Kapitals über die Arbeiterschaft: nämlich an einem *gesellschaftsweiten* Herrschaftsverhältnis (der Männer über die Frauen – das umfasste mehr Gesellschaftsmitglieder als die unmittelbare Herrschaft des Kapitals über die Arbeitnehmer), das zugleich aber keine *Konzentration* der Herrschaft hatte, z.B. in „Männerherrschafts-Verbänden“ oder in „Spitzen-Autoritäten“ (also in „Männer-Eliten“ oder „führenden Männern“), gegen die sich Protest und Widerstand hätten richten können. Stattdessen gibt es eine strukturell *anonyme* Herrschaft der Männer auf *gesellschaftlicher* Ebene (z.B. Familien-, Ehe-, Sexualitäts-etc. Gesetzgebung) bei gleichzeitig deutlich ausgeprägter, konkreter Herrschaft auf der Ebene millionenfacher „privater“ interpersonalen Beziehungen. Das ist eine andere Ausgangslage als bei der anti-kapitalistischen Protestkultur der Arbeiterbewegung oder bei der anti-institutionellen Protestkultur der Studenten oder anderer Teilbewegungen.

3. These: Beim Versuch, sich gegen den Autoritarismus der Herrschenden zu wehren, merkten die protestierenden Studenten ihren eigenen inneren Widerstand als tief sitzende **Gehorsamsbereitschaft** – worin man den Ausdruck eines „autoritären Charakters“ sehen *könnte*. Damit waren nicht mehr nur die Herrschenden „autoritär“, sondern wir selbst, die protestierenden Studierenden.

Der spätere Schriftsteller Peter Schneider hat diese Gehorsamsbereitschaft bei einer berühmt gewordenen Rede an der FU Berlin Anfang Mai 1967 ausgedrückt:

Wir haben Fehler gemacht

(Rede von Peter Schneider vor der Vollversammlung aller Fakultäten der Freien Universität Berlin am 5. Mai 1967)

Wir haben Fehler gemacht, wir legen ein volles Geständnis ab: Wir sind nachgiebig gewesen, wir sind anpassungsfähig gewesen, wir sind nicht radikal gewesen. [...]

Wir haben unsere Zulassung erhalten, wir haben unseren besten Anzug angezogen, wir sind zur Immatrikulationsfeier gegangen. Wir haben uns hingesezt, wir haben gewartet, wir wären am liebsten gleich wieder gegangen. [...] Wir sind, als wir unsere Professoren in langen Talaren und schwarzen Käppis erblickten, nicht in ein nicht enden wollendes Gelächter ausgebrochen. [...]

Wir haben Seminararbeiten gemacht, die zu machen reine Zeitverschwendung war. Wir haben Seminarsitzungen protokolliert, die nicht zu protokollieren, sondern nur zu kritisieren waren. Wir haben Tatsachen auswendig gelernt, aus denen nicht das mindeste zu lernen war. Wir haben Prüfungen vorbereitet, die nur der Prüfung unseres Gehorsams dienen. [...]

Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, daß wir gegen die Universitätsverfassung reden können, soviel und solange wir wollen, ohne daß sich ein Aktendeckel hebt, aber daß wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen. Da sind wir auf den Gedanken gekommen, daß wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, daß wir erst die Marschrichtung ändern müssen, bevor wir etwas an den Notstandsgesetzen ändern können, daß wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. [...]

Da haben wir gemerkt, daß sich in solchen Verboten die kriminelle Gleichgültigkeit einer ganzen Nation austobt. Da haben wir es endlich gefressen, daß wir gegen den Magnifizenzwahn und akademische Sondergerichte, gegen Prüfungen, [...] gegen Sachlichkeit, die nichts weiter als Müdigkeit bedeutet, gegen die Verketzerung der Emotion, [...] daß wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren, und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen. Das wollen wir jetzt tun.

Quelle: Jürgen Miermeister, Jochen Staadt (Hg.): Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971, S. 47ff.

Der Spannungsaufbau in dieser Rede bis hin zur Pointe, der einfachen Tat des Sich-Hinsetzens, ist nicht nur rhetorisch – die sich steigernde Aufzählung all des „alten Plunders“ erhöht auch den Druck, die Gehorsamsbereitschaft endlich abzustreifen. Und dies muss *im Alltag* geschehen, weil der Gehorsam gegenüber alltäglich wirkenden Regeln (nicht den Rasen betreten, sich an polizeiliche Vorgaben bei Demonstrationen zu halten usw.) die Interessen der Mächtigen bei ihrer unmenschlichen *Politik* unterstützt. Erst wenn dieser sehr wirksame Gehorsam im Alltag durch „Regelverletzungen“ aufgekündigt war, konnte sich der Protest als politischer voll entfalten. Der Aufruf zum Regelbruch unterschied dabei nicht zwischen reinen Konventionen, willkürlichen Entscheidungen oder demokratisch zustande gekommenen Normen.

Dutschke und Krahl hielten im Herbst 1967 ein „Organisationsreferat“ auf der SDS-Delegiertenkonferenz, das Theorie und Strategie der „Antiautoritären“ umriss. Die beiden beschreiben hier die bislang höchste Stufe des Monopolkapitalismus, den „Integralen Etatismus“ (ein Begriff von Max Horkheimer aus den 1940er Jahren). In diesem Stadium verschmelzen Staat und Unternehmen faktisch; es entsteht ein „gigantisches System von Manipulation“, das den Geist und die politische Motivation sämtlicher Gesellschaftsangehörigen mit Ausnahme von „revolutionären Bewußtseinsgruppen“ vernebelt und einlullt. In dieser Situation sprechen sich Dutschke und Krahl für bewegliche Gruppen „städtischer Guerilleros“, „sichtbar irreguläre Aktionen“ und die Propaganda der Tat aus. In diesen Aktionen sollte nicht nur der alles überwältigende „integrale Etatismus“ aufgebrochen und der „autoritäre Staat“ vorgeführt werden, sondern der **„Autoritarismus in uns“** verändert werden. Ein halbes Jahr später schreibt Dutschke:

„Die ganzen Auseinandersetzungen bei den Demonstrationen mit der Polizei, die daraus zumeist entstehenden Frustrationen und vermehrten Aggressionen, die sich nach innen und außen ausweiten, sind zu begreifen als permanenter Lernprozeß, als ununterbrochener Versuch der Veränderung der eigenen Charakterstruktur. Wir in einer autoritären Gesellschaft aufgewachsenen Menschen haben nur eine Chance, unsere autoritäre Charakterstruktur aufzubrechen, wenn wir es lernen, uns in dieser Gesellschaft zu bewegen als Menschen, denen diese Gesellschaft gehört, denen sie nur verweigert wird durch die bestehende Macht- und Herrschaftsstruktur des Systems. Daß Geschichte von Menschen schon immer gemacht wurde, daß wir sie aber nie bewußt gemacht haben, weist auf die Notwendigkeit hin, die Erziehung neuer Menschen anzustreben. [... Hinweis auf das Beispiel der chinesischen und der kubanischen Revolution] Allein die ununterbrochene produktive Verwertung und Austragung der vorhandenen Widersprüche ermöglicht den Lernprozeß der

Menschen, den Erziehungsprozeß der Menschen und damit die Permanenz der Revolution. Ohne die Herausbildung des neuen Menschen ist die permanente Revolution unmöglich.“ (Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten...., S. 76 f.)

Diese Rückbeziehung des Autoritarismus auf die politisch Aktiven selbst und im Prinzip alle Gesellschaftsmitglieder ist etwas Neues. Nicht nur „die anderen“, die Etablierten, sind in ihrer Herrschaftsrolle „autoritär“, sondern auch „wir“ tragen autoritäre Beschränkungen in uns, von denen wir uns lösen müssen. Wir müssen lernen, uns als Menschen in einer Gesellschaft zu bewegen, die „uns gehört“. Für Dutschke geschieht diese Befreiung im politischen Kampf selbst, in der „Erziehung“ durch politische Kämpfe, aber auch langfristig durch die Erziehung der nächsten Generation.

Dutschke malt hier nicht die Konsequenzen aus seiner Vision der „uns gehörenden Gesellschaft“ und des Weges dorthin aus; im Nachhinein erscheint bei seinem Konzept des „Autoritarismus in uns“ dreierlei bedeutsam:

Erstens wurde damit die Verbindung zur Theorie des „autoritären Charakters“ und die Untersuchungen zur „authoritarian personality“ hergestellt, die Vertreter der Frankfurter Schule in den 1930er und 40er Jahren in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus entwickelt hatten (Adorno, Frenkel-Brunswik u.a. 1969). Sie bezogen sich auf die Masse der Anhänger oder möglichen Befürworter des Nationalsozialismus bzw. der faschistischen Ideologie (in USA, wo die Untersuchungen stattfanden), nicht auf die autoritäre Führungsschicht. Das unterschied diese Untersuchungen vom umgangssprachlichen Begriff des Autoritarismus, den ich im 1. Abschnitt dargestellt habe. Wie konnte sozialpsychologisch verstanden werden, dass so Viele den menschenverachtenden, völlig destruktiven Zielen der politischen Führung im Faschismus folgten bzw. folgen würden? Ein wesentlicher Teil der Antwort lag für Fromm, Adorno, Frenkel-Brunswik u.a. in den affektiven, unbewussten Bindungen und Beziehungen von Eltern und Kindern innerhalb der bürgerlichen Familie und den bewussten Erziehungsbemühungen der Eltern. Ohne hier auf die Einzelheiten einzugehen, führten sie bei autoritären Persönlichkeiten zur Idealisierung von Macht, zu Unterwürfigkeit gegenüber Mächtigeren und zur Aggression gegenüber Schwächeren, insbesondere wenn sie von Autoritäten legitimiert erscheint.

Zur autoritären Persönlichkeit gehört schließlich der Konventionalismus. Er zeigt sich nicht nur an der Oberfläche als Spießertum – im Bestehen auf Tradition, Anstand, althergebrachten Sitten und Gebräuchen. Sondern ihn kennzeichnet tieferliegend das Fehlen prinzipienorientierter Begründungen für das Handeln. Der konventionell Handelnde kann sich traditionell verhalten, er kann auch seinen reinen Vorteil suchen und sich instrumentell-strategisch gegenüber anderen verhalten.

„Konventionell“ ist er in dem allgemeinen Sinn, dass er sein Handeln nicht von allgemeinen Prinzipien und moralische Regeln leiten lässt. Das Erscheinungsbild des „Autoritären“ war das des (männlich konnotierten) Radfahrers – er buckelt nach oben und tritt nach unten – und Spießers, wie ihn Heinrich Mann in der Figur des Dietrich Heßling im „Untertan“ gezeichnet hatte.

Zweitens: In der Antwort auf die Frage: „Wie gehen wir (jetzt) mit dem Autoritarismus in uns selbst um?“ deuteten sich bei Dutschke Verkürzungen an: Die „Selbstbefreiung“ durch politische Aktion sollte im Kampf gegen die Autoritäten und im Bruch auferlegter Regeln erfolgen, die als *systembedingt* unterdrückend empfunden wurden. In einer Denkschrift des SDS/KU zur Anti-Springer-Kampagne („Der Untergang der Bild-Zeitung“) wird beschrieben, wie die permanenten Auseinandersetzungen mit der Polizei zur Befreiung vom „Autoritarismus in uns“ führen: Die in Familie und Schule von den Einzelnen verinnerlichte Gewalt der Autoritäten wird im „kollektiven Standhalten gegenüber der autoritären Gewalt der Polizei“ in Schach gehalten und überwunden. In der schützenden Anonymität der Masse der Protestierer wird ihre „subjektive Energie“ gestärkt (S. 120 f.).

Wie eine langfristig angelegte „antiautoritäre Erziehung“ der Kinder aussehen könnte, war nicht Dutschkes Thema. Aber der Vergleich mit der „freien Erziehung“, die Arthur Neill seit den 20er Jahren entwickelt hatte, ist aufschlussreich. Sie wurde zur Zeit der Studentenbewegung als „antiautoritäre Erziehung“ ungemein populär und folgenreich in Deutschland (vgl. als rückerinnernde Darstellung z.B. Ulrike Edschmid (2014): Das Verschwinden des Philip S. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 47-54). Neill verstand unter freier Erziehung zunächst, dass den unterdrückten Wünschen und Trieben der Kinder freie Bahn gegeben werden sollte. „Let the system get out of you!“ [vgl. die Darstellung bei Johannes-Martin Kamp 1995: Kinderrepubliken. Opladen: Leske + Budrich] Aber das war nur *ein Teil* der Neill’schen Konzeption, die er zunächst in der

„Internationalen Schule“ Hellerau bei Dresden Anfang der 20er Jahre ausprobiert, dann aber vor allem in der Reformschule „Summerhill“ weiter entwickelt hatte.

Die freie „Selbstregulierung“ der Kinder in Summerhill erfolgte nach Regeln, die sie erlernen und respektieren mussten. Das wurde möglich, weil sie über diese Regeln in der Schulgemeinde mitbestimmen konnten und bei Regelverstößen einzelner Mitschüler an Lösungsversuchen und Sanktionen beteiligt waren.

Eine solche Erziehung war vom Konzept her etwas anderes als Dutschkes Überwindung des „Autoritarismus in uns“ in der politischen Aktion, die zur Erziehung „neuer Menschen“ führen wird. Sie entsprach auch nicht einer völlig nachgiebig-freien „antiautoritären“ Erziehung. Neill betonte die Wichtigkeit von moralischen Prinzipien im Umgang miteinander und die Notwendigkeit demokratisch getroffener Entscheidungen. Das war eine Auffassung, die Dutschke und den Antiautoritären ziemlich fern lag.

Drittens wurde die Verbindung zu einem selbst, als Protestierender der 60er Jahre und Nachkomme der den Faschismus mehrheitlich unterstützenden Elterngeneration, hergestellt. Die Frage lautete dann: wieviel vom nationalsozialistischen Denken, Fühlen und Handeln steckt, vermittelt über die eigene Erziehung, noch in uns selbst? Was können wir tun, um im Bewusstsein dieser Zusammenhänge *uns selbst* zu ändern und *bei anderen* weniger Autoritarismus entstehen zu lassen? Durch „Selbsterfahrung“ und Reflexion der eigenen Biographie sowie durch Kommunikation mit anderen darüber – den eigenen Eltern und anderen Angehörigen der Eltern-Generation oder mit Gleichaltrigen. Im unmittelbaren Umgang untereinander durch Sensibilität gegenüber autoritären Einschränkungen und Konfliktfähigkeit. Hatte man selbst Kinder, galt das auch für den Umgang mit ihnen; hatte man als Lehrer oder Lehrerin oder außerschulisch beruflich mit Kindern und Jugendlichen zu tun, galt das ebenfalls. Damit war die Richtung zur „antiautoritären Erziehung“ geöffnet, zur Kinderladenbewegung, zu alternativen Konzepten der Vorschulerziehung und der Schule geöffnet.

Dies war in den Folgejahren des politischen Protests der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein ungemein breites, öffentlich kontrovers diskutiertes Feld. Auf das kann ich in diesem Rahmen nicht im Einzelnen eingehen. Ich will nur daran erinnern, dass die Universität als berufsvorbereitende Institution in ihren verschiedenen Fächern vor allem eine Institution der Lehrerbildung ist. Mit großen Schwankungen stellen

Lehrerstudenten 20 bis 40 % aller Studierenden dar. In der offiziellen Selbstwahrnehmung der Universität, ihrer Funktionsbeschreibung und in der Praxis sind die damit verbundenen Probleme seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis heute vernachlässigt worden.

Für unseren Zusammenhang ist daran wichtig, dass der nach dem Studium beginnende „Marsch durch die Institutionen“ nicht nur beim Bundeskanzleramt von Gerhard Schröder, beim Außenministerium von Joschka Fischer und seinem Planungsstab-Mitglied Joscha Schmierer (früher KBW), dem Gesundheitsministerium von Ulla Schmidt usw. ganz oben enden konnte. Für einen großen Teil der an der Studentenbewegung beteiligten Studierenden endete er in Schulen, Vorschuleinrichtungen, Hochschulen oder Jugendämtern, wenn die Berufsverbote sie nicht daran gehindert haben. Hier ergaben sich langfristige Perspektiven zur Umsetzung der an der Hochschule, in politischen Aktionen und Diskussionen gewonnenen Einsichten und Einstellungsänderungen.

Dass diese praktischen Versuche, den „Autoritarismus in uns“ zu verändern, positive Folgen gehabt haben, hat Hajo Funke am langfristigen Wandel von Einstellungen gezeigt. Ich erinnere: deutlicher Rückgang der autoritätsbezogenen Erziehungswerte von Unterordnung, konventionellem „gutem Benehmen“ in einem sehr kurzen Zeitraum; Anstieg von „Autonomie“ als Erziehungswert; Rückgang körperlicher Strafen als „Erziehungsmittel“ und Betonung von „Diskussion und Begründung“. Dass es hierbei auch zu Fehlentwicklungen und Abweichungen kam, ist sehr bedauerlich und traurig, wie das Beispiel sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen zeigt, aber es ändert nicht den gesellschaftsweiten Prozess des Umdenkens in Fragen der Kindererziehung oder des Umgangs mit Schwächeren und Behinderten.

3. War die antiautoritäre Studentenbewegung (oder Teile davon) selbst autoritär?

Der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre ist von politischen Gegnern, aber auch von wohlmeinenden Kritikern immer wieder vorgeworfen worden, sie sei selbst autoritär und unterscheide sich in Ideologie und Praxis kaum von rechtsextremen Gruppen oder Organisationen. Ich erinnere nur an den emotionalen, später zurückgenommenen Vorwurf von Jürgen Habermas an Dutschke, sein aktionistisches politisches Konzept sei „linker Faschismus“.

Es ist, glaube ich, sinnvoll, hierbei zwei Fragen zu unterscheiden: (1) *Gab* es in der antiautoritären Studentenbewegung und ihren Ausläufern oder politischen Neu-Ansätzen Autoritarismus im Sinne der „autoritären Charakterstruktur“, als Merkmal von Akteuren und Sympathisanten? (2) War „die“ antiautoritäre Studentenbewegung *systematisch und im Kern* mit rechtsextremen bzw. autoritären Bewegungen vergleichbar, und warum hätte das so sein sollen?

(1) Die erste Frage kann mit einem „Ja“ beantwortet werden – manche hier im Saal werden entsprechende Erinnerungen an autoritäre Verhaltensweisen und an einzelne Personen oder Gruppen haben. An Abkanzelungen von Kritikern oder Abweichen im Namen einer höheren „Theorie“ oder „Strategie“. An selbsternannte oder von außen zugeschriebene Anführer (vgl. zur inneren Differenzierung von Anführern und „Anhängern“ bei Demonstrationen E.L.B. Peifer 2006, 202 f.). Oder an ganze Organisationen wie neu gegründete kommunistische Parteien, die nach einem autoritären Modell von Anordnung, Unterdrückung von Kritik und Gehorsamserwartung funktionierten (vgl. Anonymes Autorenkollektiv 1977).

Mir fällt ein besonders krasses Beispiel ein, an dem ich nicht beteiligt war, das ich nur aus Erzählungen bzw. aus Literatur kenne:

Am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität kam eine Gruppe radikaler Studierender Anfang der 70er Jahre auf die Idee, zu einer „Schweinejagd“ auf missliebige einzelne Professoren aufzurufen. Das geschah durch entsprechende Plakate mit Karikaturen von Schweinen oder auch durch ein Fadenkreuz, das auf das Bild eines Hochschullehrers projiziert war. Das gab einen großen Aufruhr und eine sehr breite Kritik und Distanzierung von dieser Gruppe, an der der spätere Historiker Götz Aly maßgeblich beteiligt war. 2008 hat er ein unsägliches Pamphlet gegen die Studentenbewegung als „Hitlers Kinder“ geschrieben (vgl. zur detaillierten Kritik Funke 2017, S. 76 ff.). Diese Aktion am OSI ist für mich vor allem aus zwei Gründen „autoritär“, a) sie wertet die Professoren extrem ab, mit unerträglichen Bild-Metaphern, und b) sie wendet sich gegen Schwächere, nämlich *einzelne* Hochschullehrer. Diese mögen als Gruppe die Herrschaft an einem Institut ausüben und insofern Gegner der *politischen* Auseinandersetzung sein. Aber als einzelne, auf die eine Gruppe zur „Jagd“ aufruft, sind sie schwächer.

(2) Gibt *systematische, tiefsitzende Gemeinsamkeiten* zwischen der antiautoritären Studentenbewegung (oder Teilen von ihr) und dem Rechtsextremismus?

Das ist seit Beginn der Studentenbewegung immer wieder – bis in die jüngste Zeit hinein – behauptet worden. Die Formel „Linksextremismus = Rechtsextremismus“ reicht sogar weiter zurück, bis zum Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland. Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher (der spätere Parteivorsitzende der SPD nach dem 2. Weltkrieg) nannte die Kommunisten 1930 „rotlackierte Doppelausgabe der Nationalsozialisten“ und revanchierte sich damit für die Parole der KPD, die Sozialdemokraten seien „Sozialfaschisten“. Die Formel links- = rechts-extrem wird in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert und dient der Diffamierung des politischen Gegners. Zugleich eröffnet sie der „Mitte“ eine Rechtfertigung als die vermeintlich vernünftigste Option „zwischen den Extremen“. Die Gleichsetzung einer Ideologie, die mehr oder weniger rassistisch die Ungleichheit unter den Menschen postuliert und Aggressionen gegen Schwächere, Andersdenkende und Minderheiten ausagiert, mit einer Ideologie, die vom Prinzip der Gleichheit und Gleichwertigkeit der Menschen ausgeht, hat bei Linken immer zu Empörung geführt. Wegen des allgegenwärtigen Verdachts, dass die Formel „links- = rechtsextrem“ in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert wird, ist eine rationale Auseinandersetzung ziemlich schwierig.

Bei der antiautoritären Studentenbewegung stützte sich das Denkmuster Linksextremismus = Rechtsextremismus auf sehr unterschiedliche Beobachtungen und Sachverhalte:

- Die Gleichsetzung erfolgt eher schlicht anhand des *Erscheinungsbildes* (so in der Springer-Presse 1967): die linken Demonstranten agieren wie SA-Horden. Ähnlich oberflächlich ist der Hinweis auf die Positionswechsel einzelner Anführer von linksaußen nach rechtsaußen: Mahler, Rabehl usw.)
- Einzelne *politische Grundorientierungen* dienen als Beleg der Nähe von Linksextremismus und Rechtsextremismus, so beim Anti-Amerikanismus der Linken oder beim Anti-Zionismus und Antisemitismus.
- Die Gleichsetzung erfolgte über historische Vergleiche von *Handlungsweisen* der Nazis und protestierender Studenten. Vorlesungsstörungen und erzwungene Diskussionen in Lehrveranstaltungen wurden mit dem Verhalten nationalsozialistischer Studenten am Ende der Weimarer Republik verglichen. Das galt erst recht für körperliche Gewalt bis hin zum und Terror.
- Die Gleichsetzung erfolgt über eine für beide Extremismen geltende *allgemeine Ideologie*, die sie nur als verschiedene Spielarten oder Ausprägungen erscheinen lässt – wie in der Totalitarismus-Theorie, die für Stalinismus und Faschismus entwickelt wurde.

- Das gelte insbesondere für Einstellung zur *liberalen Demokratie*, die sowohl die Rechtsextremen als auch die Linksextremen bekämpften und abschaffen wollten.
- Die Gleichsetzung wird mit der biographisch wirksamen, größtenteils unbewussten *Weitergabe* nationalsozialistischer Orientierungen von der Eltern-Generation an die Kinder-Generation der Protestbewegung begründet (so bei Götz Aly (2008)).

Ich kann auf die Stimmigkeit dieser Vergleiche hier nicht im Einzelnen eingehen. In den meisten Fällen halte ich sie für unzutreffend, weil sie nach der „pars-pro-toto“-Strategie einzelne Erscheinungen oder Handlungsweisen herausgreifen und verallgemeinern und weil sie häufig den historischen Kontext zu wenig berücksichtigen. Gravierend finde ich allerdings den Punkt „Einstellung zur liberalen Demokratie“. Auch wenn Rechtsextreme und Teile der Linksextremen sie mit ganz unterschiedlichen Begründungen und Zielen ablehnten, sehe ich hier einen Schwachpunkt bei erheblichen Teilen der antiautoritären Studentenbewegung. Gewaltenteilung, Konkurrenz von Parteien und Gewerkschaften sowie Grundrechte wurden meiner Ansicht nach zu schnell als Instrumente der Herrschenden denunziert und zu wenig in ihrem Eigenwert und in der Schutzfunktion für die Masse der abhängigen Bevölkerung gesehen.

Die skizzierten unterschiedlichen Beobachtungen, die die Ähnlichkeit, ja zum Teil sogar Gleichheit links- und rechtsextremer politischer Positionen belegen sollen, liegen auf sehr unterschiedlichen Ebenen: Erscheinungsbild und Handlungsweisen, politische Ziele, rechtfertigende Begründungen (Ideologien) und tieferliegende bewusste und unbewusste Motive. Was auf der einen Ebene unterschiedlich erscheinen mag, entpuppt sich auf einer anderen Ebene als identisch. Das setzt voraus, dass *zwischen* den Ebenen von politischen Zielen, Ideologien, Handlungen und Motiven keine durchgängig festen Beziehungen bestehen, sondern diese sich lockern. Ein Beispiel für die „Verflüssigung“ der Beziehung zwischen den Ebenen der Ideologie und der Motivation gibt der Historiker Carsten Schreiber. Am Rande seiner umfassenden Studie zur Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes (SD) der SS während der Nazizeit beschäftigt er sich mit der Frage der Kontinuität vom SD zur Staatssicherheit der frühen DDR. Er schreibt, es sei sinnvoll,

„den Stellenwert der Ideologie in der Motivlage zu relativieren. Wo etwa sind die inneren Antriebskräfte eines von Ehrgeiz besessenen Professors zu suchen, der bis 1945 als SS-Obersturmführer im SD die ‚Schwarze Eminenz‘ der Bergakademie Freiberg war und der dann noch einmal bis 1964 seine MfS-Kontakte für seine DDR-Karriere instrumentalisierte,

indem er als IM ‚Saalfeld‘ in stalinistischer Manier Wissenschaftlerkollegen denunzierte?“ (Schreiber 2008, S. 16).

Was auf der Ebene der Ideologien und des politischen Handelns inhaltlich als unterschiedlich erscheint, erweist sich bei näherer Betrachtung „nur“ als Ausdruck einer gemeinsamen rücksichtslosen Karriere-Orientierung, die die biographische Konstante im Leben unter beiden Regimes darstellte.

Dieser Einzelbeispiel relativiert in der Tat den Stellenwert der Ideologie in der „Motivlage“ – die Ideologie erscheint als das Abgeleitete, die Motivlage als das Bestimmende, das die Vermutung nähren könnte, links- und rechtsextremes Handeln und entsprechende politische Orientierungen seien unter bestimmten Bedingungen austauschbar. Die empirische Frage ist aber, ob eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur – wie in dem genannten historischen Beispiel die Karriere-Orientierung – eine solche Bedingung ist. Ich will am Ende meines Vortrags auf eine andere „Quelle“ für den Vergleich von Links- und Rechtsextremen eingehen, die Zweifel an der Austauschbarkeit links- und rechtsextremer Positionen weckt.

Dabei stütze ich mich auf eine der wenigen *zeitgenössischen* empirischen Untersuchungen zu links- und rechtsextremen Potentialen in der Bevölkerung. Es handelt sich um eine Infratest-Studie aus den Jahren 1975-1976, also einige Jahre später als 1968 – das Jahr, in dem sich die Massenproteste ungemein ausweiteten. Die Studie war nicht auf die Altersgruppe der Studenten fixiert und schloss 15- bis 50jährige in der Bundesrepublik und Westberlin ein (das folgende nach Hopf/Hopf: Familie-Persönlichkeit-Politik 1997, S. 43 ff.).

Die Infratest-Studie interessierte sich für „unkonventionelle“ Formen der politischen Betätigung und des politischen Protestes, die gerade im Zuge der Studentenbewegung aufgekommen waren, z.B. Teilnahme an Bürgerbewegungen, Boykott-Veranstaltungen, spontanen Streiks, Besetzungen von Fabriken, Ämtern etc.. „Konventionell“ war demgegenüber die Beteiligung an Wahlen. Ähnlich wie die Studien zur „Authoritarian Personality“ war das Infratest-Institut bzw. sein Auftraggeber (das Innenministerium) daran interessiert, das Vorfeld extremistischen Verhaltens, die Bereitschaft dazu zu erkunden. Als politisch extrem galt, wer sich selbst auf einer entsprechenden Skala selbst als links- oder rechtsextrem einordnete und die unkonventionellen Formen politischer Beteiligung unterstützte (4.4 % linksextrem, 1.5 % rechtsextrem). Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren die Einstellungen der Linksextremen zu politischen Institutionen, Wahlrecht, Recht auf

Demonstration und politischer Meinungsfreiheit deutlich positiver. Dieses Ergebnis finde ich interessant, wenn man an die *theoretische* Diskussion der 60er Jahre über den nur formalen Charakter der bundesdeutschen Demokratie, an die Kritik der „formierten Gesellschaft“ denkt. Diese Kritik machte sich die untersuchte Altersgruppe der 1975 fünfzehn- bis fünfzig-Jährigen vielleicht nicht wirklich zueigen.

In einer qualitativen, nicht repräsentativen Zusatzbefragung von Vertretern des linken Protestpotentials sowie organisierter und nicht organisierter Linker konnten orthodoxe und unorthodoxe Kommunisten, undogmatische Linke, Linkssozialisten und „Zivilisationskritiker“ einbezogen werden. Dabei stellten die orthodoxen Kommunisten (traditionelle Kommunisten und Maoisten) den Gegentyp zu den Undogmatischen da. Sie hatten eine festgefügte ideologische Meinungsstruktur und eine starke Gewaltakzeptanz. Gewalt wurde unter dem Gesichtspunkt der Effektivität der Gesellschaftsveränderung bewertet, weniger nach moralischen Kategorien. Die Gewaltbereitschaft der orthodoxen Kommunisten ist etwas anderes als die autoritäre Aggression der Rechtsextremen. Sie ist eine Aggression im Dienste einer Ideologie. Es geht um eine notfalls mit Gewalt durchzusetzende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in eine Richtung, die für gerechter oder humaner gehalten wird, nicht um Aggression gegen Schwächere und Minderheiten. Diese Gruppe betonte – anders als die übrigen – ihre eigene Normalität und psychische Gesundheit. In diesem einen Punkt *ähneln* sie den Befunden zur rechtsextremen autoritären Persönlichkeit, die eine stärker innenbezogene Selbstreflexion abwehrt und stattdessen praktisches Handeln und Effektivität betont („Anti-Intrazeption“).

Auf der Ebene von Einstellungen und psychischen Dispositionen verschiedener linksextrem orientierter Gruppen gibt es also wenige Gemeinsamkeiten und mehr Unterschiede zum rechtsextrem disponierten „autoritären Charakter“. Eine schlichte Gleichsetzung auf dieser Ebene ist nicht sinnvoll.

4. Schluss

Ich habe mich natürlich – wie Sie vermutlich auch – gefragt: sind „Antiautoritarismus“ und „Autoritarismus“ auch heute noch Probleme der Gesellschaft? Ich glaube schon. Das seit Jahren zu beobachtende Wiedererstarken rechts-populistischer Bewegungen in allen „westlichen Gesellschaften“ zeigt, dass eine autoritäre, demokratiefeindliche Reaktion auf gesellschaftliche Probleme nicht nur auf sehr

kleine gesellschaftliche Minderheiten beschränkt ist. In den USA haben ca. 47 % der Wähler einen sichtbar autoritären, chauvinistischen, fremdenfeindlichen, sexistischen Präsidenten gewählt. Zu Hoffnung gibt immerhin Anlass, dass sich die amerikanische Protestbewegung nicht einschüchtern lässt und den Widerstand verstärkt.

Die antiautoritäre Studentenbewegung vor 50 Jahren setzte in der Bundesrepublik Deutschland eine alle Institutionen umfassende Kritik an Autorität und Herrschaft in Gang und forderte mehr demokratische Teilhabe ein. Das war in Deutschland mit seiner langen autoritären Tradition vom Kaiserreich über Weimarer Republik und die Nazizeit bis in die 50er Jahre hinein ein besonderer, vermutlich nicht wiederholbarer Moment. In dem Kampf für mehr Beteiligung und Mitsprache waren diese Studenten, Schüler und Lehrlinge partiell erfolgreich und veränderten damit die Ausgangslage für die politische Beteiligung späterer. Auch die biographischen Bedingungen für den Protest in der Familienerziehung und der schulischen Ausbildung haben sich seitdem geändert. Die jungen Leute heutzutage sind in ihrer Mehrheit nicht mit den verklemmt-konventionellen, wenig konflikterfahrenen jungen Leuten vergleichbar, die viele von uns vor Beginn der Studentenbewegung waren. Möglicherweise suchen sie für ihre politischen Änderungswünsche andere Tätigkeitsfelder als frühere Studentengenerationen. Das ist ihnen auf jeden Fall zu wünschen.

Literatur

Adorno, Theodor W., Frenkel-Brunswik, Else, Levinson, Daniel J., Sanford, R. Nevitt; in Zusammenarbeit mit Betty Aron, Maria Hertz Levinson u. William Morrow (1969): *The authoritarian personality*. New York: Norton Library (zuerst 1950).

Aly, Götz (2008): *Unser Kampf – ein irritierter Blick zurück*. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 696 (= Lizenzausgabe des S. Fischer Verlags, Frankfurt a.M.).

Anonymes Autorenkollektiv (1977): *Wir warn die stärkste der Parteien...* Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen. Berlin: Rotbuch Verlag.

Autorenkollektiv des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)/der Kritischen Universität (KU) (o.J.): Der Untergang der Bild-Zeitung. Berlin. Internetzugang: mao-projekt.de/BRD/BER/ORG/Berlin_Untergang_der_Bild-Zeitung.shtml, Zugriff am 29.5.17.

Dutschke, Rudi, Krahl, Hans-Jürgen (1967): Organisationsreferat (gehalten auf der 22. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Studentenbundes). Internet: <http://aranca.org/ausgabe/0/organisationsreferat>. Zugriff am 11.5.2017.

Dutschke, Rudi (1968): Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt. In: Bergmann, Uwe, Dutschke, Rudi, Lefèvre, Wolfgang, Rabehl, Bernd: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Reinbek b. Hbg.: rowohlt, S. 33-93.

Edschmid, Ulrike (2014): Das Verschwinden des Philip S. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (zuerst 2013).

Funke, Hajo (2017): Antiautoritär. 50 Jahre Studentenbewegung: die politisch-kulturellen Umbrüche. Eine Flugschrift. Hamburg: vsa Verlag.

Gassert, Philipp, Steinweis, Alan E. (Hrsg.)(2006): Coping with the Nazi past. West German debates on Nazism and generational conflict, 1955-1975. New York/Oxford: Berghahn Books.

Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.) (1998): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. (= Sonderheft 17 von „Geschichte und Gesellschaft“). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Gilcher-Holtey, Ingrid (1998): Kritische Theorie und Neue Linke. In: Gilcher-Holtey, I. (Hrsg.): a.a.O., S. 168-187.

Hopf, Christel, Hopf, Wulf (1997): Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Jarausch, Konrad (2006): Critical memory and civil society. The impact of the 1960s on German debates about the past. In: Gassert, Philipp, Steinweis, Alan E. (Hrsg.): Coping with the Nazi past. A.a.O., S. 11-30.

Kraushaar, Wolfgang (2008): Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin: Propyläen.

Nitsch, Wolfgang, Gerhardt, Uta, Offe, Claus, Preuß, Ulrich K. (unter Mitarbeit von Heinz Großmann und Peter Müller) (1965): Hochschule in der Demokratie. Kritische

Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Berlin-Spandau u. Neuwied: Hermann Luchterhand Verlag.

Peifer, Elizabeth L.B. (2006): Public demonstrations of the 1960s. Participatory democracy or leftist fascism? In: Gassert, Philipp, Steinweis, Alan E. (Hrsg.): Coping with the Nazi past. A.a.O., S. 194-209.

Schneider, Peter (1980): Wir haben Fehler gemacht (Rede vor der Vollversammlung aller Fakultäten, FU Berlin, 5. Mai 1967). In: Miermeister, Jürgen, Stadt, Jochen (Hrsg.): Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971. Darmstadt: Luchterhand, S. 47 ff.

Schreiber, Carsten (2008): Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens. München: R. Oldenbourg Verlag.

Schulz, Kristina (1998): Macht und Mythos von „1968“: Zur Bedeutung der 68er Protestbewegungen für die Formierung der neuen Frauenbewegung in Frankreich und Deutschland. In: Gilcher-Holtey, I. (Hrsg.): a.a.O., S. 256-272.

Vester, Michael (2010): Alternativbewegungen und neue soziale Milieus: ihre soziale Zusammensetzung und ihr Zusammenhang mit dem Wandel der Sozialstruktur. In: Reichardt, Sven, Siegfried, Detlef (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 27-60.